

Fokus

Volkswirtschaft

Nr. 43, 31. Januar 2014

Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa – Krisenfolge oder Fehler im System?

Autoren:

Dr. Elke Lüdemann, Telefon 069 7431-2230,

Dr. Barbara Richter, Telefon 069 7431-8221, research@KfW.de

Die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa ist ein wesentliches Thema der europäischen Wirtschaftspolitik. Insbesondere in den südeuropäischen Reformstaaten Griechenland, Spanien, Italien und Portugal tut eine Lösung not.

Die Rezession der letzten Jahre ist verantwortlich für den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der EU. Darüber hinaus gibt es zwei strukturelle Ursachen für das hohe Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit in den Reformstaaten: starre Arbeitsmärkte und suboptimale Bildungs- und Ausbildungssysteme.

Die wichtigsten Reformen auf den Arbeitsmärkten sind in den meisten Reformstaaten inzwischen umgesetzt. Im Bereich Bildung und Ausbildung wurden erste Reformpakete auf den Weg gebracht – beispielsweise Pilotprojekte zur Etablierung der dualen Berufsausbildung. Noch ist es zu früh, um die Auswirkungen dieser Reformen zu bewerten; in jedem Fall werden sie erst mittel- bis langfristig Wirkung zeigen. Kurzfristig können aktive Arbeitsmarktpolitik und eine erhöhte internationale Mobilität von Jugendlichen zu Ausbildungs- und Arbeitszwecken Linderung schaffen.

Derzeit hangelt sich die Jugendarbeitslosenquote in einigen südeuropäischen Staaten von Rekord zu Rekord. Insbesondere in Spanien und Griechenland, aber auch in Italien und Portugal sind hohe und weiter steigende Quoten zu beobachten. Im Jahr 2012 waren insgesamt 7,5 Mio. Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren in den EU-28 Staaten

weder in Beschäftigung noch in Ausbildung (sog. „NEET“ – not in employment, education or training); 5,6 Mio. waren arbeitslos.

Jugendarbeitslosigkeit – oft falsch interpretiert

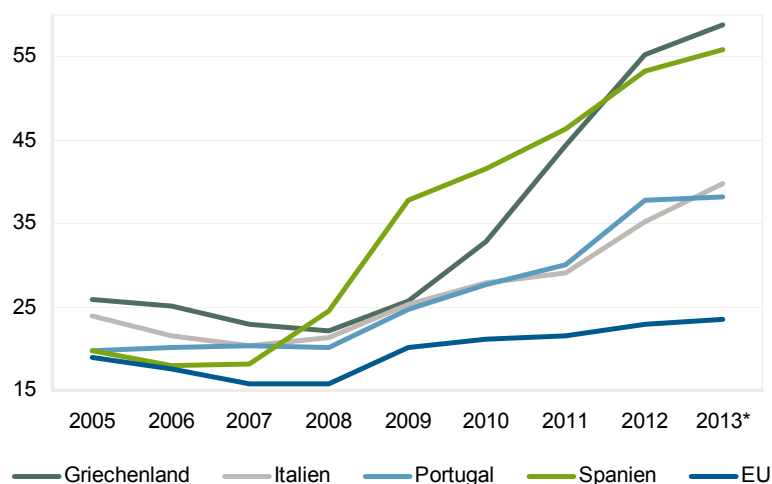
Im Zuge der Krise sind die traditionell hohen Jugendarbeitslosenquoten in Griechenland, Spanien, Italien und Portugal weiter angestiegen (Grafik 1). Die durch übermäßige Konsolidierung weiter geschwächte Wirtschaft in diesen Staaten hat den Trend zusätzlich verstärkt. Von 2006 bis 2013 hat sich die Quote in Spanien verdreifacht, in den anderen Staaten in etwa verdoppelt. Während in Griechenland, Spanien und Italien vor Beginn der Finanzkrise eine Besserung erkennbar war, gab es in Portugal seit 2000 einen kontinuierlichen Anstieg, der

sich seit der Finanzkrise noch einmal beschleunigt hat. Neben diesem konjunkturell bedingten Anstieg gibt es in allen vier Staaten jedoch auch strukturelle Gründe für die hohe Jugendarbeitslosigkeit.

Die viel beachteten Jugendarbeitslosenquoten überzeichnen das tatsächliche Problem. Die Quote setzt die Zahl der Arbeit suchenden Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren ins Verhältnis zur Anzahl der Erwerbspersonen (d. h. Arbeitende und Arbeit suchende) in diesem Alter. Dies ist aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren. Viele Jugendliche befinden sich noch in der Ausbildung und stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung.¹

Der Jugendarbeitslosenanteil ist der bessere Indikator zur Messung der Jugendarbeitslosigkeit. Er setzt die arbeitslosen, aber Arbeit suchenden, Jugendlichen ins Verhältnis zur gesamten Bevölkerung im Alter von 15 bis 24 Jahren. Der Jugendarbeitslosenanteil ist daher leichter zu interpretieren und deutlich niedriger als die Quote. Die Jugendarbeitslosenquote in Spanien beispielsweise betrug im Jahr 2013 53 %, der Jugendarbeitslosenanteil 21 %. Damit war

Grafik 1: Jugendarbeitslosenquote in ausgewählten südeuropäischen Staaten in Prozent



* Zahlen für Griechenland nur bis Q3 2013

Quelle: Eurostat, eigene Berechnung

jeder fünfte spanische Jugendliche arbeitslos, und **nicht** jeder zweite, wie die Arbeitslosenquote suggeriert.

Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich aber auch nach diesem Indikator in den Reformländern mehr als verdoppelt – mit Ausnahme Italiens. Natürlich sind 20 % junge Arbeitslose in Spanien immer noch viel zu hoch, insbesondere verglichen mit dem EU-Durchschnitt von 9,7 %.

Ähnliche Entwicklung in der Krise

Der Jugendarbeitslosenanteil stieg in der Krise in allen vier betrachteten Staaten deutlich (siehe Grafik 2), am dramatischsten in Spanien mit einem Anstieg von 12 Prozentpunkten. Die Änderung war aber weniger gravierend als bei der Jugendarbeitslosenquote, da auch viele Jugendliche den Arbeitsmarkt verlassen haben, zum Beispiel um ein Studium zu beginnen. Die Erwerbsquote² der Jugendlichen sank zwischen 3,2 Prozentpunkten in Griechenland und 9,4 in Spanien.

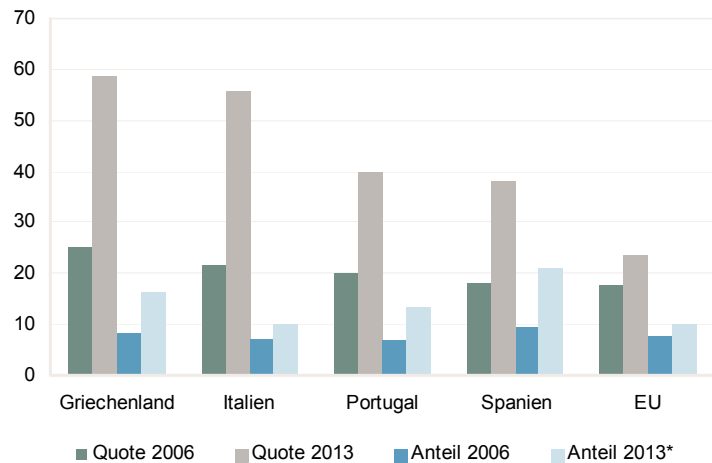
Hohe Jugendarbeitslosigkeit hat langfristige, negative Folgen

Für die Jugendlichen hat die hohe Arbeitslosigkeit über das gesamte Erwerbsleben hinweg ökonomische Folgen. Jeder zusätzliche Tag als jugendlicher Arbeitsloser verlängert die Arbeitslosigkeit im Erwachsenenalter um 0,96 bis 6,47 Tage.³ Zudem führt Arbeitslosigkeit in der Jugend noch 20 Jahre später zu niedrigeren Löhnen.⁴

Die gesellschaftlichen Kosten könnten sogar noch höher liegen, etwa in Form sinkender politischer Partizipation. Zudem führt die derzeitige Krise zu einer geringeren Geburtenrate,⁵ sowie mehr Fällen von gesundheitlichen Beeinträchtigungen im mittleren Alter,⁶ die eine vorzeitige Verrentung nötig machen können. Jugendarbeitslosigkeit kann somit sehr langfristige negative Konsequenzen haben.

Bereits die kurzfristigen Kosten der Nicht-Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt sind beträchtlich: nach Schätzungen von Eurofound (2012) fallen für die 15- bis 24-jährigen NEETs in den vier betrachteten Staaten jährliche Kosten von über 30 Mrd. EUR an. In ganz Europa belaufen sich die jährlichen

Grafik 2: Jugendarbeitslosenquote und Jugendarbeitslosenanteil 2006 und 2013 für ausgewählte Staaten (in Prozent)



* Zahlen für Q3 2013

Quelle: Eurostat, eigene Berechnung

Kosten für NEETs im Alter von 15 bis 29 sogar auf 153 Mrd. EUR. Dabei sind nur wirtschaftliche Kosten in Form von entgangenem Wirtschaftswachstum und erhöhten staatlichen Transferzahlungen, nicht aber gesellschaftliche Kosten z. B. durch mögliche gesundheitliche Probleme oder erhöhte Kriminalität berücksichtigt.

Ursachenforschung

Verantwortlich für die hohe Jugendarbeitslosigkeit sind zum Teil die Rezessionen infolge der globalen Finanzkrise und der Staatsschuldenkrise. Daneben spielen jedoch auch strukturelle Aspekte eine wesentliche Rolle, denn das Niveau der Jugendarbeitslosigkeit war auch vor der Krise schon sehr hoch. Zwei Ursachen stehen hervor: verbesserungsfähige Bildungs- und Ausbildungssysteme und eine rigide Arbeitsmarktregulierung, die dafür sorgt, dass wenig neue dauerhafte Stellen geschaffen werden.

Ursache 1: Bildungssystem

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit infolge

der Krise zwischen 2008 und 2011 war umso stärker, je geringer das Bildungsniveau (vgl. Tabelle 2). Lediglich in Griechenland stieg die Arbeitslosigkeit junger Menschen im Alter von 25 bis 34⁷ für alle Qualifikationsstufen ähnlich an. Anders als in der gesamten EU haben Personen mit hoher Bildung in Griechenland, Italien und Portugal sogar ein etwas höheres Arbeitslosigkeitsrisiko als Personen mit mittlerer Bildung.

Trotz deutlicher Fortschritte in den letzten Jahrzehnten ist der Bildungsstand der Bevölkerung in allen vier Ländern im Vergleich zu ähnlich hoch entwickelten Industrieländern unterdurchschnittlich; dies zeigt sich zum einen hinsichtlich des erreichten Bildungsstands (Grafik 3). Zum anderen weisen internationale Schulleistungsvergleiche wie die PISA-Studie, die fünfzehnjährige Schüler testet, oder die neue PIAAC-Studie, die Alltagskompetenzen der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter misst, auf eine im OECD-Vergleich geringe Bildungsqualität hin (vgl. Tabelle 1). Zwar konnten Griechen-

Tabelle 1: Mathematikleistungen in PISA und PIAAC*

	PISA 2003	PISA 2006	PISA 2009	PISA 2012	PIAAC 2012
Griechenland	445	459	466	453	-
Italien	466	462	483	485	247
Portugal	466	466	487	487	-
Spanien	485	480	483	484	246
OECD	500	498	496	494	269

* PISA: Programme for International Student Assessment; PIAAC: Programme for the International Assessment of Adult Competencies (24 teilnehmende Länder)

Quelle: OECD

land, Italien und Portugal zwischen 2003 und 2009 in der PISA-Studie deutlich aufholen; in der jüngsten PISA-Studie 2012 liegen jedoch alle vier Länder signifikant unter dem OECD-Durchschnitt. Immerhin konnten Italien, Spanien und Portugal in PISA 2012 das Niveau von 2009 halten und nur in Griechenland zeichnet sich eine Verschlechterung ab.

Spanien: Defizite im Sekundarschulbereich, zu viele Schulabbrecher

In Spanien erreicht ein im internationalen Vergleich sehr hoher Anteil von jungen Menschen lediglich maximal einen Abschluss der Sekundarstufe I⁸ (Grafik 3). Spanien hat europaweit die höchste Schulabbrecherquote, und den höchsten Anteil an Klassenwiederholern (35 %).

Vor der Krise bestanden für Geringqualifizierte noch viele Beschäftigungsmöglichkeiten im Baugewerbe sowie im Hotel-, Restaurant- und Tourismussektor. Seit der Krise, die die genannten Wirtschaftssektoren in besonderem Maß beeinträchtigt, steigt die Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter überproportional.

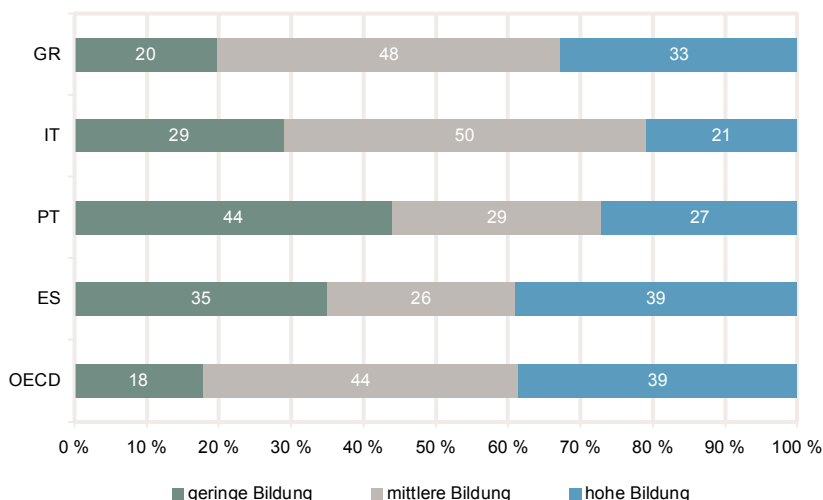
Auffallend ist, dass trotz einer erheblichen Erhöhung der Bildungsausgaben um 35 % seit 2003 und zahlreicher nationaler und regionaler Bildungsreformen die in der PISA-Studie gemessenen kognitiven Kompetenzen auf einem im OECD-Vergleich unterdurchschnittlichen Niveau verharren und sich keine Verbesserung abzeichnet (vgl. Tabelle 1).

Tabelle 2: Arbeitslosenquote 25- bis 34-Jährige, 2008 und 2011

	Bildungsstand	2008	2011	Veränderung 2008–2011
Griechenland	Gering	10,0	25,1	+15,0
	Mittel	10,4	23,4	+13,0
	Hoch	12,0	25,6	+13,6
Italien	Gering	11,3	14,8	+3,6
	Mittel	7,2	10,2	+2,9
	Hoch	9,4	11,5	+2,1
Portugal	Gering	9,2	16,1	+6,9
	Mittel	7,5	12,2	+4,7
	Hoch	9,0	12,7	+3,7
Spanien	Gering	17,4	33,4	+16,0
	Mittel	11,2	24,0	+12,8
	Hoch	8,0	16,2	+8,2
EU-21	Gering	15,5	22,3	+6,8
	Mittel	6,5	11,0	+4,4
	Hoch	4,7	7,6	+2,9

Quelle: OECD

Grafik 3: Bildungsstand der 25- bis 34-Jährigen



Geringe Bildung: unterhalb Sekundarstufe II (ISCED 0-2; z. B. Haupt- oder Realschulabschluss); Mittlere Bildung: maximal Sekundarstufe II oder postsekundärer, nicht-tertiärer Bereich (ISCED 3, 4; z. B. abgeschlossene Berufsausbildung oder Abitur); Hohe Bildung: tertiärer Bildungsabschluss (ISCED 5, 6; z. B. abgeschlossenes Universitätsstudium oder Meisterausbildung)

Quelle: OECD (Stand 2011)

Portugal: Defizite im Sekundarschulbereich, zu geringer Bildungsstand, geringe Chancengerechtigkeit

Der Bildungsstand der Bevölkerung ist in Portugal immer noch vergleichsweise gering. 44 % der 25- bis 34-Jährigen erreichen keinen Bildungsabschluss des Sekundarbereichs II. Positiv zu werten sind die durch vergangene Bildungsreformen erreichten deutlichen Verbesserungen der kognitiven Kompetenzen von Schülern (vgl. Tabelle 1); die Verbesserungen zeichneten sich überwiegend zwischen 2006 und 2009, also vor der Krise ab (+21 PISA-Punkte in Mathematik); seit 2009 stagniert das

PISA-Ergebnis. Zudem konnte die Schulabbrecherquote seit 2000 mehr als halbiert werden (vgl. Tabelle 3), wenngleich sie mit einem Fünftel immer noch inakzeptabel hoch ist.

In Portugal hat der familiäre Hintergrund einen stärkeren Einfluss auf Schulabbruch und die Aufnahme eines Hochschulstudiums als in anderen Ländern. Dies trägt zu einer hohen Bildungsungleichheit und letztlich zu einer hohen Einkommensungleichheit bei.

Italien: Zu geringer Bildungsstand, zu lange Studienzeiten

In Italien ist der Bildungsstand der Bevölkerung ebenfalls im internationalen Vergleich gering. Auch hinsichtlich der Qualität des allgemeinen Schulwesens gibt es noch immer Nachholbedarf, wie etwa die PISA-Studie zeigt: Ähnlich wie Portugal konnte Italien zwischen 2006 und 2009 erhebliche Verbesserungen in den in PISA gemessenen Kompetenzen erzielen (+21 PISA-Punkte in Mathematik). Auch in Italien ist die hohe Schulabbrecherquote problematisch (vgl. Tabelle 3).

Wesentliche Defizite liegen im tertiären Bereich: Italien hat eine im internationalen Vergleich sehr geringe Akademikerquote (vgl. Grafik 3), obwohl mit etwa drei Vierteln eines Jahrgangs überproportional viele Jugendliche eine

Tabelle 3: Schulabbrecherquoten

	2000	2005	2008	2009	2012
Griechenland	18,2	13,6	14,8	14,5	11,4
Italien	25,1	22,3	19,7	19,2	17,6
Portugal	43,6	38,8	35,4	31,2	20,8
Spanien	29,1	30,8	31,9	31,2	24,9
EU-28		15,7	14,7	14,2	12,7

* prozentualer Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die höchstens über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen und nicht länger an Maßnahmen der allgemeinen oder beruflichen Bildung teilnehmen

Quelle: Eurostat

Hochschulzugangsberechtigung erlangen. Zwar sind die Studienanfängerzahlen im vergangenen Jahrzehnt insgesamt deutlich gestiegen, jedoch zeichnet sich in den letzten fünf Jahren wieder ein rückläufiges Interesse an tertiärer Bildung ab. Die langen Studienzeiten und die hohen Studienabbruchquoten zählen zu den zentralen Defiziten im tertiären Bildungsbereich. Nur die wenigsten Studierenden schließen ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit ab, und mehr als die Hälfte (55 %) der Studierenden bricht das Studium ab.

Griechenland: zu zentralistisches, ineffizientes Bildungssystem

Der formale Bildungsstand in Griechenland ist zwar rechnerisch relativ nahe am OECD-Durchschnitt (vgl. Grafik 3). Hinsichtlich der erworbenen kognitiven Kompetenzen liegt Griechenland jedoch noch erheblich unter dem OECD-Durchschnitt, und auch deutlich (d. h. um etwa ein Schuljahr) hinter Portugal, Italien und Spanien zurück (vgl. Tabelle 1). Auch verglichen mit Ländern mit ähnlichem BIP und Bildungsausgaben pro Kopf schneidet Griechenland in der PISA-Studie vergleichsweise schlecht ab.

Pro Schüler steht zwar relativ viel Lehrpersonal zur Verfügung, jedoch lehren griechische Lehrer vergleichsweise wenige Wochenstunden. Dies

erklärt die hohen Bildungsausgaben pro Kopf trotz relativ niedriger Lehrergehälter.

Das griechische Bildungssystem ist stark zentralistisch organisiert. Da es keine externen Evaluationen von Schulen und/oder Lehrern gibt, fehlen jedoch wichtige Informationen zur Qualitätskontrolle.⁹ Um die mangelnde Qualität im öffentlichen Schulwesen auszugleichen, ist es üblich in private Nachhilfestunden (sog. „Frontistiria“) zu investieren.

Bildungsreformen

Neben diesen landesspezifischen Problemfeldern muss in allen vier Staaten der Übergang vom Bildungssystem in den Arbeitsmarkt verbessert werden. Dieser dauert – mit Ausnahme von Portugal – verglichen mit anderen EU-Staaten sehr lang (vgl. Tabelle 4). Im Bereich der beruflichen Bildung sind ein erhöhtes Engagement von Arbeitgebern sowie eine verbesserte praktische Ausbildung am Arbeitsplatz erforderlich. Die betrachteten Staaten prüfen derzeit die Stärkung ihres Berufsbildungssystems bzw. die Einführung eines dualen Systems nach deutschem Vorbild oder haben bereits erste Pilotprojekte gestartet.¹⁰

Ob das vielfach gelobte duale Berufsausbildungssystem jedoch ohne weiteres ins Ausland exportiert werden kann, ist fraglich. Zu bedenken ist, dass

sich das System in Deutschland über Jahrzehnte (weiter)entwickelt hat, und somit an die Struktur der deutschen Wirtschaft angepasst ist.

Außerdem zeigen Reformen im Bildungssystem erst mittel- bis langfristig auf dem Arbeitsmarkt Wirkung. Aus ökonomischer Sicht ist es dennoch sinnvoll, die genannten strukturelle Probleme im Bildungssystem, die bereits vor der Finanz- und Wirtschaftskrise bestanden, zu beseitigen.

Ursache 2: starre Arbeitsmärkte

Der starke Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit in den betroffenen Staaten während der Krise ist eine Folge der Dualisierung des Arbeitsmarkts: ältere Arbeitnehmer haben gut bezahlte und nahezu unkündbare Arbeitsplätze mit großzügigen Abfindungsregelungen, jüngere Arbeitnehmer werden, wenn überhaupt, nur befristet eingestellt. Zudem gelten Tarifvereinbarungen einer Branche meist landesweit, ohne die Möglichkeit betrieblicher Vereinbarungen, um in einer Krise flexibel reagieren zu können. Die nötige Flexibilität wird daher über die Befristung bei jüngeren Arbeitnehmern hergestellt. Befristete Verträge sind in der Regel mit wenigen Rechten bezüglich Kündigungsschutz oder Weiterbeschäftigung verbunden. In einem Abschwung verlieren die so angestellten jüngeren Arbeitnehmer als erste ihre Stellen.

Arbeitsmarktreformen

Die Dualisierung des Arbeitsmarkts kann auf zwei Arten abgebaut werden: befristete Beschäftigung für Arbeitgeber unattraktiver gestalten, etwa durch einen Anspruch auf Entfristung nach einer gewissen Zeit; oder unbefristete Beschäftigung attraktiver zu machen. Dies geschieht zum Beispiel durch Anpassung von Kündigungsschutz und Abfindungsregelungen, damit eine unbefristete Anstellung vor allem für ein kleines Unternehmen nicht zum Existenzrisiko wird, oder eine flexiblere Gestaltung der Tarifverträge, damit Unternehmen und ihre Belegschaften die Möglichkeit von Betriebsvereinbarungen erhalten, mit denen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einvernehmliche Lösungen abseits des Abbaus von Stellen gefunden werden können.

In Griechenland und Portugal gehören

Tabelle 4: Übergang von Bildung in den Arbeitsmarkt*

	Erwerbstätigenquote bis zu 5 Jahre nach Bildungsabschluss	Durchschnittl. Dauer zwischen Bildungsabschluss und erster Arbeitsstelle (in Monaten)
Griechenland	67,3	13,1
Italien	59,2	10,5
Portugal	78,6	5,7
Spanien	59,8	8,2
EU-27	72,9	6,5

* bezogen auf 15- bis 34-Jährige

Quelle: Eurostat, EU-LFS Zusatzmodul 2009

entsprechende Arbeitsmarktreforemen zu den Bedingungen der Hilfsprogramme und Italien und Spanien haben ebenfalls Reformmaßnahmen ergriffen. Portugal und Spanien haben bereits zahlreiche Maßnahmen umgesetzt, auch Griechenland hat schon große Schritte unternommen. Italien steht dagegen noch am Anfang der Umsetzung (Grafik 4). Die OECD findet in einer ersten Evaluation der spanischen Arbeitsmarktreforemen bereits erste positive Effekte insbesondere für Jugendliche.¹¹ Mit sichtbaren, dauerhaften Erfolgen ist allerdings erst zu rechnen, wenn sich die Wirtschaft soweit erholt hat, dass es überhaupt zur Schaffung neuer Stellen kommt.

Somit sind sowohl die genannten Arbeitsmarkt- als auch Bildungsreforemen geeignet, um wesentliche strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt der betroffenen Staaten anzupacken. Von keiner der genannten Reforemen kann man jedoch eine kurzfristige, schnelle Linderung der Jugendarbeitslosigkeit erwarten.

Aktive Arbeitsmarktpolitik

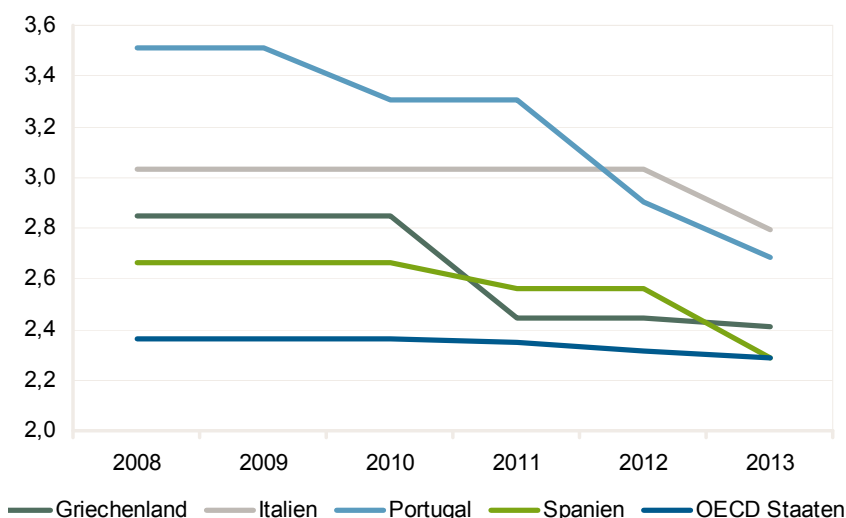
Zur kurzfristigen Linderung der Jugendarbeitslosigkeit ist aktive Arbeitsmarktpolitik ein sinnvoller Ansatz. In den betroffenen Staaten nutzt man hierzu vor allem Anreize für Arbeitgeber arbeitslose Jugendliche einzustellen, indem der Staat etwa die staatliche Zahlung der Sozialversicherung oder eines Lohnanteils übernimmt. Auch Weiterbildungsmaßnahmen und unbezahlte Praktika werden angeboten, um die Jugendlichen weiter zu qualifizieren. In Griechenland denkt man sogar über ein öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm im Stil des amerikanischen „New Deal“ der 1930er-Jahre nach.

Tabelle 5: Zusammenfassung der zentralen Problemfelder im Bildungsbereich

	GR	IT	PT	ES
Erhöhung des formalen Bildungsstands der Erwerbsbevölkerung				
• Verringerung des Anteils Geringqualifizierter	o	+	++	++
• Erhöhung des Anteils Hochqualifizierter	+	++	++	o
Verbesserung der Bildungsqualität	++	+	+	+
Verbesserung des Übergangs Bildung - Arbeitsmarkt	+	+	+	+

Anmerkung: ++ hohe Priorität, + mittlere; o geringe Priorität

Grafik 4: Grad der Arbeitsmarktregulierung unbefristeter Beschäftigung



Quelle: OECD (Stand 1.1.2013). Dargestellt ist der EPL-Indikator, der die Kosten der Arbeitsmarktregulierung für den Arbeitgeber misst. Ein sinkender Indexwert ist ein Hinweis auf eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts.

Die EU unterstützt die aktive Arbeitsmarktpolitik mit der 2013 vereinbarten Beschäftigungsinitiative für junge Menschen. Dazu wurde ein neuer Fonds in Höhe von 6 Mrd. EUR für den Zeitraum 2014 bis 2020 eingerichtet, der den EU-Ländern zur Verfügung stehen soll, deren Jugendarbeitslosenquote über 25 Prozent liegt.¹² Durch die so genannte „Jugendgarantie“ soll in allen Mitgliedsstaaten Jugendlichen im Alter von bis zu 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss der Ausbildung oder Verlust des Arbeitsplatzes eine angemessene Arbeitsstelle, ein Weiterbildungsangebot, ein Ausbildungsplatz oder ein Praktikum angeboten werden.

Förderung der Arbeitskräftemobilität

Eine erhöhte Ausbildungs- und Arbeitskräftemobilität kann ebenfalls kurzfristig zu einer Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit beitragen. Der derzeitige Um-

fang der Mobilität reicht jedoch bei Weitem nicht aus. Eine umfassende Förderung der Mobilität von arbeitslosen Jugendlichen zu Ausbildungs- oder Beschäftigungszwecken von Seiten der EU oder bilateral ist sinnvoll; gerade weil die Mobilität unter Jugendlichen am größten ist und der Erhalt und Ausbau ihres Humankapitals den größten Nutzen für sie selbst und ihr Heimatland verspricht.

Raum für deutsche Unterstützung vorhanden

Deutschland leistet gezielte Unterstützung insbesondere durch die Förderung der Ausbildungs- und Fachkräftemobilität von arbeitslosen Jugendlichen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten. Beispielsweise wurde im Mai 2013 ein bilaterales deutsch-spanisches Regierungsabkommen für die Ausbildungs- und Beschäftigung von 5.000 jungen Spaniern abgeschlossen. Zudem fördert das BMAS über die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) im Rahmen von MobiPro-EU die berufliche Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen Fachkräften aus EU-Staaten.

Fazit

Das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit muss vorrangig in den betroffenen Staaten angegangen werden. Auch wenn erste positive Veränderungen bereits erkennbar sind, sind sowohl im Bil-

dungssystem (siehe Übersicht Tabelle 5) als auch auf dem Arbeitsmarkt weitere Reformen notwendig. Eine wesentliche Voraussetzung für den Abbau von Ju-

gendarbeitslosigkeit ist aber auch das Wachstum der Wirtschaft in diesen Staaten; in diesem Zusammenhang ist die Kreditvergabe an KMU in den betroffe-

nen Staaten zentral, da diese Wachstum generieren und Stellen schaffen. ■

¹ Siehe Eurostat, „Messung der Jugendarbeitslosigkeit – wichtige Konzepte im Überblick“, Pressemitteilung vom 12. Juli 2013.

² Die Erwerbsquote beschreibt, wie viel Prozent einer Altersgruppe dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Sie ist definiert als Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen an der Wohnbevölkerung einer bestimmten Altersgruppe.

³ Vgl. Schmillen, A. und M. Umkehrer (2013). The scars of youth – Effects of early-career unemployment on future unemployment experience, IAB Discussion Paper 6/2013.

⁴ Vgl. Kahn, L. B. (2010). The long-term labor market consequences of graduating from college in a bad economy, *Labour Economics* 17, 303-316. and Mroz, T. and T. Savage (2006). The Long-Term Effects of Youth Unemployment. *Journal of Human Resources* 41, 259–293.

⁵ Vgl. Goldstein, J. R., Kreyenfeld, M., Jasilioniene, A. und D. K. Örsal (2013). Fertility Reactions to the Great Recession in Europe: Recent Evidence from Order-Specific Data, *Demographic Research* 29, 85–104.

⁶ Vgl. Bell, D. and D. Blanchflower. (2011). Young People and the Great Recession. *Oxford Review of Economic Policy* 27, 241–267.

⁷ Hier wird die Altersgruppe 25 bis 34 betrachtet, da die Mehrzahl der Personen erst in diesem Alter eine tertiäre Ausbildung abschließt.

⁸ Dies entspricht in Deutschland einem erfolgreichen Haupt- oder Realschulabschluss ohne anschließende Berufsausbildung.

⁹ Jedoch gibt es Eintrittstests für den Zugang zu Hochschulen.

¹⁰ Vgl. das im Dezember 2012 in Berlin von Deutschland, Portugal, Griechenland, Spanien, Italien, Lettland und der Slowakei unterzeichnete Memorandum zur Kooperation in der Berufsbildung in Europa.

¹¹ OECD (2013). The 2012 Labour Market Reform in Spain: A Preliminary Assessment. Paris: OECD.

¹² Griechenland (54,8 %), Spanien (57,7 %), Kroatien (49,7 %), Italien (41,6 %), Zypern (40,0 %), Portugal (36,8 %), Slowakei (33,3 %), Bulgarien (28,5 %) , Polen (27,9 %), Frankreich (25,6 %) [Stand Januar 2014]